

53. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung selbst Lizenzgeberin für die Produktion von G36-Gewehren in Saudi Arabien, und welche konkreten Endverbleibsregelungen gelten für die im Rahmen der saudi-arabischen Lizenzproduktion hergestellten G36-Gewehre?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 31. August 2011**

Die Bundesregierung ist nicht selbst Lizenzgeberin für die Produktion von G36-Gewehren. Ein Export von in Saudi-Arabien hergestellten G36-Gewehren bedarf der Zustimmung der Bundesregierung.

54. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung eine Änderung des Bundesberggesetzes bzw. der einschlägigen Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V-Bergbau) zur Einführung einer generellen UVP-Pflichtigkeit von Gasexplorations und -förderbohrungen, wie vom Land Nordrhein-Westfalen im Bundesrat (Bundesratsdrucksache 388/11 beantragt, für erforderlich, und wenn nein, welche anderen Maßnahmen zur Sicherung der Umweltbelange bei der Exploration und Förderung von unkonventionellem Erdgas beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 30. August 2011**

Die Prüfung des Verordnungsantrages des Landes Nordrhein-Westfalen vom 29. Juni 2011 (Bundesratsdrucksache 388/11) durch die Bundesregierung ist noch nicht abgeschlossen. Jedoch müssen aus Sicht der Bundesregierung im Rahmen von Zulassungsentscheidungen bei unkonventioneller Erdgasförderung die Umweltauswirkungen grundsätzlich berücksichtigt werden.

55. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.)
- Hat ein in Saudi-Arabien beheimateter Empfänger von Technologie für Kriegswaffen oder/und kriegswaffennahe Rüstungsgüter oder Produzent von G36-Sturmgewehren gegenüber der Bundesregierung oder dem Bundesamt für Ausfuhrwirtschaft einen Antrag auf Export oder Reexport für in Saudi-Arabien in Lizenz produzierte G36-Sturmgewehre gestellt?